

## *Pressemitteilung*

*Bürgerinitiativen in Steglitz-Zehlendorf - in der Gesellschaft eine starke Stimme, von der Politik wenig beachtet*

*Wie in kaum einem anderen Bezirk gibt es in Steglitz-Zehlendorf ein thematisch besonders breit aufgestelltes, zivilgesellschaftliches Engagement, das sich mit zahlreichen Initiativen konstruktiv in die Entwicklung und Gestaltung des Berliner Südwestens einbringt. Neben temporären Zusammenschlüssen, die vor allem im nachbarschaftlichen Bereich tätig sind, gehören dazu bezirkswweit in unterschiedlichen ökologischen und sozialpolitischen Themenfeldern arbeitende Bündnisse, die auch überregional bekannt und vernetzt sind.*

*Mit dem Aktionsbündnis Lichterfelde-Süd, der Bezirksgruppe von Fridays for Future und dem Willkommensbündnis Steglitz-Zehlendorf haben im Vorfeld der im Herbst anstehenden Wahlen drei von ihnen Vorschläge formuliert, mit denen sie die Parteien im Bezirk und deren Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auffordern, in ihrer Arbeit und bei ihren Entscheidungen das zivilgesellschaftliche Engagement von Initiativen stärker zu berücksichtigen und ihren Vertreterinnen und Vertretern die dafür notwendige Präsenz und Mitwirkung in den Gremien durch die Geschäftsordnung einzuräumen.*

*Dazu gehört zunächst einmal die Schaffung von Transparenz, um die Bezirkspolitik allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Auf deren Grundlage sollte auch eine bisher nicht immer übliche Beantwortung von Anfragen und Anregungen erfolgen. Zu wünschen ist zudem die Berücksichtigung bei Einladungen zu den Sitzungen der entsprechenden Ausschüsse.*

*Darüber hinaus schlagen die drei Bündnisse vor:*

- alle öffentlichen Sitzungen der BVV und ihrer Ausschüsse per Video-Stream zu übertragen*
- den Akteuren aus den Bündnissen eine aktive Teilnahme an den Sitzungen der Fachausschüsse zu ermöglichen*
- die Einsicht in alle dafür notwendige Unterlagen auch gemäß Informationsfreiheitsgesetz zu gewährleisten*
- die Anträge aus den Bündnissen zügiger als bisher zu behandeln*
- die Tätigkeit von Beiräten wie Klimabeirat und Migrationsbeirat zu empowern, diese mit dem notwendigen und unabhängigen Sachverstand zu besetzen und ihre Aufgaben gegenüber dem Bezirksamt und der BVV zu stärken*
- bei der Benennung und Wahl von Bürgerdeputierten auch Fachleute aus der Zivilgesellschaft zu berücksichtigen*